

Protocoll

über die

ordentliche Vollversammlung

der

Handwerkskammer

für das Herzogtum Braunschweig

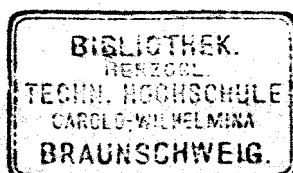
am 12. und 13. November 1901

im

„Wilhelmsgarten“

zu

Braunschweig.



Tagesordnung.

1. Bericht über die Thätigkeit der Handwerkskammer seit der letzten Vollversammlung.
 2. Bericht des Rechnungsausschusses und Abnahme der Jahresrechnung für 1900/01.
 3. Meisterprüfungsordnungen (Meisterbrief).
 4. Anstellung des Secretairs.
 5. Beitritt zum Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag.
 6. Neuwahlen:
 - a) des Ausschusses für das Lehrlingswesen,
 - b) des Rechnungsausschusses.
 7. Stipendienfonds betr.
 8. Kranken- bzw. Sterbekasse für die Handwerksmeister im Herzogtum Braunschweig.
 9. Meisterkurse (Ausstellung von Betriebsmaschinen etc.)
 10. „Handwerksbote“ betr.
 11. Erlass von Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens:
 - a) Beschlussfassung über Form und Inhalt der Lehrverträge.
 - b) Bestimmungen über die Höchstzahl von Lehrlingen.
 - c) Festsetzung der Dauer der Lehrzeit.
 12. Verschiedenes.
-

Erster Verhandlungstag.

Dienstag, den 12. November 1901.

Anwesend sind die Herren: Osterloh, Behrens, Maring, Göcke, Wollenweber, Hahn, Burgdorf, Kettler, Vehe, Meyerhoff, Horney, Wolf, Berger, Gries, Rhinow, Severit, Sprötge und Limbach, sämtlich aus Braunschweig; Kühne aus Vechelde, Fischer aus Thedinghausen; Krone- mann, Kauffmann, Müller, Walterling, Seubert und Staats, sämtlich aus Wolfenbüttel; Cassel aus Schöppenstedt; Geffers, Neddermeyer, Teute, Dressel und Thielemann, sämtlich aus Helmstedt; Meyerhoff aus Königslutter, Bierberg und Rose aus Gandersheim; Schröder aus Seesen; Fricke aus Langelsheim; Pistorius, Freise und Ritterbusch aus Holzminden; Blume aus Stadtoldendorf; Kaulitz, Winnig und Ritzau aus Blankenburg, sowie der Secretair der Kammer Assessor Baumgarten.

Entschuldigt fehlen die Herren Kleucker aus Braunschweig, Kiehne aus Wolfenbüttel und Krüger aus Seesen, für Herrn Kiehne ist der 1. Ersatzmann Herr Lange erschienen.

Unentschuldigt fehlt Herr Weiss.

Der Vorsitzende, Herr Osterloh eröffnet gegen 11¼ Uhr vormittags die Sitzung, begrüsst die Anwesenden und teilt zunächst mit, dass der Regierungs-Commissar der Kammer, Herr Regierungsrat Dr. Stegemann behindert sei, den Verhandlungen des ersten Sitzungstages beizuwohnen, dafür aber sein Erscheinen zum zweiten Sitzungstage zugesagt habe. Er giebt sodann bekannt, dass die Berufung zu der Versammlung gemäss § 23 der Statuten ordnungsmässig erfolgt sei, und zwar durch schriftliche Einladung der Kammermitglieder bezw. deren Ersatzmänner, sowie durch Bekanntmachung in den Braunschweigischen Anzeigen vom 6. November d. Js. und gedenkt schliesslich der inzwischen verstorbenen Kammermitglieder, der Herren Ludwig Jürgens aus Braunschweig und August Schwiegershausen aus Helmstedt. Zu Ehren derselben erheben sich die Anwesenden von den Sitzen. Danach wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Bericht über die Thätigkeit der Handwerkskammer seit der letzten Vollversammlung.

Referent: Der Secretair.

Einleitend giebt derselbe zunächst nähere Aufklärung darüber, weshalb die am 30. März d. Js. seitens Herzoglichen Staatsministeriums, Abteilung des Inneren, erlassene Prüfungsordnung für die Gesellenprüfungen mit dem in der ausserordentlichen Vollversammlung vom 6. März d. Js. angenommenen Entwurfe nicht übereinstimmt: Der Entwurf sowohl, wie die seitens der Innungsvorstände und einiger Vertreter der nicht corporierten Handwerkszweige der Stadt Braunschweig bezüglich der an die Lehrlinge in der Gesellenprüfung zu stellenden Anforderungen gemachten Vorschläge, die seitens der Kammer Herzoglichem Staatsministerium zur Genehmigung eingereicht seien, hätten, so führt er aus, nach Ansicht des Herzoglichen Staatsministeriums noch mehrerer Abänderungen bedurft. Da die Zeit bis zum 1. April d. Js. sehr kurz, eine Umarbeitung also unmöglich gewesen, Herzogliches Staatsministerium auch den Standpunkt eingenommen habe, dass von diesem Termin ab die Gesellenprüfung unbedingt auf Grund der dann in Kraft tretenden Vorschriften der Reichsgewerbeordnung vorgenommen werden müsste, sei vorläufig eine für alle Handwerkszweige bestimmte Prüfungsordnung erlassen, die solange in Geltung bleiben solle, bis besondere Prüfungsordnungen für jeden einzelnen Handwerkszweig erlassen würden. —

Die erste Aufgabe, die die Kammer nach der letzten Vollversammlung zu erledigen gehabt, habe darin bestanden, Prüfungsausschüsse für die Gesellenprüfungen zu bilden. Bei den Innungen sei diese Aufgabe nicht besonders schwierig gewesen. Denn es seien die von denselben zu Vorsitzenden der Prüfungsausschüsse vorgeschlagenen Herren als solche bestellt und die gewählten Beisitzer bestätigt. Von einer widerruflichen Erteilung des Prüfungsrechts an freie Innungen habe die Kammer jedoch vorläufig abgesehen, da die Vorbedingungen für diese Verleihung bei der Kürze der Zeit nicht mehr hätten geprüft werden können.

Weniger leicht habe sich die Aufgabe gestaltet, soweit sie die nicht corporierten Handwerker betroffen. Um für diese die erforderlichen Prüfungsausschüsse errichten zu können, sei es nötig gewesen, an Ort und Stelle Erkundigungen einzuziehen. Dies sei seitens der Herren Kauffmann, Kronemann und Kiehne im Kreise Wolfenbüttel, seitens der Herren Vehe, Göcke und Horney im Kreise Helmstedt, seitens der Herren Kronemann und Wolf im Kreise Gandersheim, seitens der Herren Maring und Wollenweber im Kreise Holzminden, seitens der Herren Wolf und Meyerhoff im Kreise Blankenburg geschehen. Im Kreise Braunschweig sei die Kammer vom Vorsitzenden und Herrn Behrens unterstützt worden. Auf diese Weise habe es sich ermöglichen lassen, bis Mitte April dieses Jahres das Gesellenprüfungswesen in der Hauptsache zu regeln. Im ganzen seien 86 Handwerkskammerprüfungsausschüsse errichtet, und die Innungen vorläufig sämtlich befugt, das Prüfungsrecht auszuüben. Die für die Gesellenprüfungen nötigen Formulare seien den Vorsitzenden der Prüfungsausschüsse rechtzeitig zugestellt und das Verzeichnis der Prüfungsausschüsse in drei aufeinanderfolgenden Nummern des „Handwerksboten“ bekannt gemacht.

Etwa Mitte Mai d. Js. hätten dann die Vorbereitungen zur Durchführung der Bestimmungen des § 133 der Reichsgewerbeordnung, betreffend den Meistertitel, begonnen. Unter Zugrundelegung des vom preussischen Herrn Minister für Handel und Gewerbe aufgestellten Entwurfs sei seitens der Kammer ein Entwurf zu einer Meisterprüfungsordnung ausgearbeitet, und dann die gedruckten Exemplare desselben sämtlichen Innungsvorständen zur Kenntnissnahme zugesandt. Trotz der in den bezüglichen Rundschreiben ausgesprochenen Bitte, der Kammer Vorschläge hinsichtlich der an die Prüflinge in der praktischen und theoretischen Prüfung zu stellenden Anforderungen einzureichen, hätten nur wenige Innungen diesem Ersuchen Folge geleistet und dadurch die der Kammer obliegende Aufgabe wesentlich erschwert.

Nachdem dieser erste Entwurf im Laufe der nächsten Monate noch mehrfache Abänderungen erfahren, sei er schliesslich Herzoglichem Staatsministerium unterbreitet und auch in den Grundzügen bereits genehmigt worden. Trotzdem habe sich die Kammer genötigt gesehen, weitere Verbesserungen vorzunehmen, und zwar auf Grund einer im Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung abgedruckten, den Erlass von Meisterprüfungsordnungen betreffenden Verfügung des preussischen Herrn Ministers für Handel und Gewerbe. So käme es, dass mehrere Muster für Meisterprüfungsordnungen den Abgeordneten als Material für die heutige Sitzung zugeschickt seien und zur Beratung anständen. Was die Errichtung der Meisterprüfungskommissionen anlange, so sei die Aufsichtsbehörde der Ansicht gewesen, dass die Zahl derselben möglichst zu beschränken wäre, und nur Prüfungskommissionen mit dem Sitze in der Stadt Braunschweig gebildet werden dürften, auch die Zahl der Vorsitzenden auf das Mindestmass herabgesetzt werden müsste. Demgemäss habe die Kammer Herzoglichem Staatsministerium den Vorschlag gemacht, sämtliche im Herzogtum existierende Handwerker in nachstehende 8 Gruppen, von denen jede einen gemeinschaftlichen Vorsitzenden erhalten solle, einzuteilen:

1. Bäcker, Brauer, Conditoren, Fleischer, Hausschlachter, Müller.
2. Bandagisten und Instrumentenmacher, Barbieri, Friseure und Perrückenmacher, Färber, Gerber, Gold- und Silbersticker, Handschuhmacher, Hutmacher, Korbmacher, Kürschner, Posamentiere.
3. Bildhauer, Bötticher, Bürstenmacher, Drechsler, Formstecher, Kammacher, Musikinstrumentenmacher, Stell- und Rademacher, Tischler.
4. Brunnenmacher, Cementierer, Dachdecker, Maurer, Schornsteinfeger, Steinmetze, Steinsetzer, Stuckateure, Töpfer, Zimmerer.
5. Buchbinder, Buchdrucker, Graveure, Lithographen, Xylographen.
6. Büchsenmacher, Eisen- und Gelbgießer, Feilenhauer, Gold- und Silberschmiede, Gürtler und Broncearbeiter, Installateure, Klempner, Kupferschmiede, Mechaniker, Messerschmiede, Schlosser, Schmiede, Siebmacher, Uhrmacher, Zeugschmiede, Zinngießer.
7. Glaser, Maler, Sattler, Tapezierer, Vergolder.
8. Pantinenmacher, Schneider, Schuhmacher, Seiler, Weber.

Dieser Vorschlag sei auch angenommen worden. Vorschläge hinsichtlich der Ernennung von Mitgliedern für die Prüfungskommissionen habe die Kammer bisher Herzoglichem Staatsministerium nicht einreichen können, da nur ein kleiner Teil der Innungen und nur wenige nicht corporierte Handwerker den diesbezüglichen Ersuchen entsprochen hätten, sodass wenn wirklich die zur Beratung kommenden Muster für die Meisterprüfungsordnungen angenommen und dann vom Herzoglichen Staatsministerium genehmigt werden sollten, an eine Abnahme von Meisterprüfungen bis auf weiteres nicht gedacht werden könnte. Uebrigens sei dies auch unbedenklich, denn in einer darauf bezüglichen Verfügung des preussischen Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 12. October d. J. fände sich folgender Passus:

„Solange die zur Ausführung des § 133 der Reichsgewerbeordnung erforderlichen Anordnungen wie die Bildung der Prüfungskommissionen und der Erlass der Prüfungsordnungen nicht habe erledigt werden können, wird die Abnahme von Meisterprüfungen hinauszuschieben sein. Dies kann ohne Schaden geschehen, da vom Bestehen der Meisterprüfung nur die Führung

des Meistertitels in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerks, nicht aber die Befugnis zum selbstständigen Betriebe des Gewerbes oder zur Anleitung von Lehrlingen abhängt.“

Ausserdem habe sich die Kammer mit der Ausarbeitung von Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens befasst.

Ferner habe sich die Kammer mit den schon in der letzten Vollversammlung angenommenen Statuten der Krankenunterstützungs- bzw. Sterbekasse für die Handwerksmeister im Herzogtum Braunschweig noch näher zu beschäftigen gehabt.

Die Kammer sei auch hinsichtlich des „Stipendienfonds“ nicht unthätig gewesen, vor allem seien Grundsätze ausgearbeitet, die bereits die vorläufige Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums gefunden hätten.

Ferner habe die Kammer sehr ernstlich die Einrichtung von Meisterkursen erwogen und bereits ein vorläufiges Programm dafür aufgestellt. Der Kammer sei auch wiederholt Gelegenheit gegeben, Gutachten zu erstatten, insbesondere seien folgende zu erwähnen:

1. über die berufsgenossenschaftliche Organisation der gemäss § 1 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes der Unfallversicherung neu unterstellten Handwerksbetriebe der Schlosser, Schmiede und Fleischer.
2. über einen seitens der Conditoren und einiger Vertreter des Zuckerwarengewerbes an Herzogliches Staatsministerium gerichteten Antrag, die Gründung einer Innung für die genannten Handwerke betreffend.
3. über ein an Herzogliches Staatsministerium gerichtetes Gesuch des Vorstandes des Verbandes Braunschweigischer Zahnkünstler, dahin entscheiden zu wollen, dass die Zahnkünstler nicht als Gewerbetreibende und Handwerker im Sinne der Reichsgewerbeordnung angesehen würden.
4. über ein an Herzogliches Staatsministerium seitens des Curatoriums der Herzoglichen Baugewerkschule zu Holzminden gerichtetes Gesuch, dass den auf dieser Anstalt ausgestellten Prüfungszeugnissen für Maurer, Zimmerer, Bautischler, Steinmetze, Dachdecker und Cementierer die Wirkung der Verleihung der im Abs. 1 des § 129 der Reichsgewerbeordnung bezeichneten Befugnis beigelegt werden möchte.
5. über die Zugehörigkeit zum Fabrik- oder Handwerksbetrieb einiger Firmen (Habekost & Hahn, Rich. Beckers, Altschwager & Co. und des Geschäftsbetriebes des Kaufmanns Block in Wolfenbüttel).

Diese Gutachten seien, da sie nicht Gegenstände behandelt hätten, die die Gesamtinteressen des Handwerks betroffen, zum Teil auch binnen kurzer Zeit hätten erledigt werden müssen, von dem Vorstande bzw. Geschäftsführenden Ausschüsse vorberaten.

Ferner habe die Kammer eine von der Handwerkskammer Frankfurt a. Oder an den Herrn Reichskanzler gerichtete Petition, die Abänderung des § 100 q der Reichsgewerbeordnung betreffend, unterstützt, sowie eine von der Handwerkskammer Wiesbaden angeregte, an die höchsten Organe des Reichs gerichtete Eingabe wegen Ergänzung des § 100 f mit unterschrieben.

Einem Gesuch des Maurers Möller aus Bisperode, seinem Sohne eine Beihilfe für den Besuch der Deutschen Fachschule für Drechsler und Bildschnitzer zu Leipzig zu gewähren, sei stattgegeben, und demselben der Betrag von 100 Mark überwiesen, dagegen ein Gesuch des Tischlers Frömmeling zu Detmold, betreffend die Gewährung einer Beihilfe für den ferneren Besuch der dortigen Tischler-Fachschule, abgelehnt worden. Ebenso sei ein seitens der Korbmacher-Innung für Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt gestellter Antrag, der Korbmacher-Stiftung einen Beitrag aus der Kasse der Kammer zu überweisen, abgelehnt.

In der Berichtszeit hätten folgende Sitzungen stattgefunden: 21 Sitzungen des geschäftsführenden Ausschusses, 3 Vorstandssitzungen und je eine Sitzung des Rechnungsausschusses, des Ausschusses für das Lehrlingswesen und der Commission zur Prüfung der Krankenunterstützungs- bzw. Sterbekasse für die Handwerksmeister im

Herzogtum Braunschweig. Auch nach aussen hin sei die Kammer verschiedentlich hervorgetreten :

Am 21. und 22. April d. J. habe sie eine Ausstellung von Lehrlingsarbeiten im Altstadtrathause zu Braunschweig veranstaltet, die mit Arbeiten von 170 Handwerkern, aus 11 verschiedenen Handwerkszweigen beschickt gewesen, und bei der 33 Diplome sowie 7 Geldpreise à 10 Mark seitens der Kammer zur Verteilung gekommen und seitens des Kunstgewerbe-Vereins zu Braunschweig 8 Ehrenpreise gestiftet seien.

Mitte Juni sei mit dem Allgemeinen Deutschen Versicherungsverein Stuttgart ein von Herzoglichem Staatsministerium genehmigter Vertrag betreffs Haftpflichtversicherung abgeschlossen, demzufolge künftig allen Handwerksmeistern des Herzogtums Braunschweig bei dem Abschluss von Haftpflichtversicherungen mit dem genannten Verein Vergünstigungen gewährt würden.

Am 23. Juni d. Js. hätten der Vorsitzende, Herr Wollenweber und der Secretair an einer allgemeinen Handwerkserversammlung in Thedinghausen teilgenommen. Am 16. August d. Js. seien die Einrichtungen der Meisterkurse in Hannover besichtigt; hierbei hätten sich der Vorsitzende, die Herren Behrens, Maring, Göcke, Wollenweber und der Secretair beteiligt. Einer am 2. September d. Js. in Hannover stattgehabten Konferenz der Handwerkskammern Hannover, Hildesheim, Osnabrück, Harburg, der Schaumburg-Lippeschen Handwerkskammer und der Handwerkskammer Braunschweig hätten der Vorsitzende, die Herren Behrens, Maring und der Secretair beigewohnt. In der Zeit vom 26.—28. September d. Js. sei in Darmstadt der II. Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag abgehalten, und seitens der Kammer durch den Vorsitzenden und den Sekretair beschickt worden.

Das Journal weise unter Ausschluss der periodischen Druckschriften 4915 Nummern, und zwar 1321 Eingänge und 3594 Ausgänge auf. Zum Schluss richtet der Referent noch an alle Mitglieder die dringende Bitte, dahin wirken zu wollen, dass alle Ersuchen der Kammer stets pünktlich erledigt würden, damit dieselbe künftig besser arbeiten könne, als es bisher möglich gewesen.

II. Bericht des Rechnungsausschusses und Abnahme der Jahresrechnung für 1900.01.

Referent: Herr Horney.

Derselbe berichtet, dass der Rechnungsausschuss gegen die vom Rechnungsführer Herrn Göcke aufgestellte Jahresrechnung pro 1. April 1900 01, deren Einnahmen und Ausgaben sich mit 14 655 Mark 88 Pf. ausglich, nichts zu erinnern gehabt habe. Demgemäss wird dem Rechnungsführer Entlastung erteilt.

III. Meisterprüfungsordnungen.

Referent: Der Vorsitzende.

Derselbe fragt zunächst bei der Versammlung an, ob dieser Punkt erst am zweiten Sitzungstage in Gegenwart des Herrn Regierungs-Commissars, Herrn Regierungsrat Dr. Stegemann verhandelt werden solle, bringt indess dabei zum Ausdruck, dass es zweckmässig sei, in eine Vorbesprechung der Meisterprüfungsordnungen einzutreten, endgültige Beschlüsse darüber jedoch erst am zweiten Verhandlungstage zu fassen. Die Versammlung erklärt sich für eine Vorbesprechung. Referent erläutert sodann den Stand der Angelegenheit und giebt bekannt, dass es mit Rücksicht auf die verschiedenartige Gestaltung, die der praktische Teil der Meisterprüfung für eine Reihe von Handwerken erhalten müsse, erforderlich gewesen sei, bei der Ausarbeitung der Prüfungsordnungen vier verschiedene Muster aufzustellen, nämlich :

1. ein Muster (A) mit Meisterstück,
2. ein Muster (B) mit Meisterstück und Arbeitsprobe.
3. ein Muster (C) mit Arbeitsprobe.
4. ein Muster (D) für Bauhandwerker allein.

Er bittet dann die Versammlung, sich über die Meisterprüfungsordnungen äussern zu wollen. An der sich entspinrenden Debatte beteiligt sich vor allem der Obermeister der Baugewerke-Innung zu Braunschweig Herr Niess. Derselbe macht seine Bedenken gegen das Muster D der Meisterprüfungsordnung geltend. So sei vor allem der im § 5 des Musters stehende Satz, dass die Prüfungsarbeit in der Anfertigung eines kleinen Entwurfs bestehen solle, viel zu unbestimmt, hier müsse die Art der Prüfungsarbeit genau angegeben sein, z. B. die Anfertigung eines Risses zu einem bürgerlichen Wohnhause, einem bäuerlichen Gehöft, oder einer Fabrikanlage etc. Ferner dürfe die Fassung des § 11 nicht beibehalten werden. Derselbe müsse etwa folgendermassen lauten: „Prüflinge, welche die Abgangsprüfung einer Baugewerkschule bestanden haben, die vom Verbands-Deutscher Baugewerks-Innungen anerkannt und beaufsichtigt ist, erhalten Erleichterungen bei Anfertigung der Prüfungsarbeit.“ Herr Niess bemängelt sodann, dass die Meisterprüfungen künftig nicht mehr durch die Innungen abgehalten werden dürften. Diese Vorschrift der Handwerker-novelle nehme den Innungen den Rest der ihr bisher zustehenden Rechte und wäre der Ruin für dieselben. Herr Nedderneyer meint, die Innungen müssten auch in Zukunft im Stande sein, Meister zu ernennen. Auf eine aus der Versammlung gemachte Bemerkung, die Innungen seien gemäss § 81 b der Reichsgewerbeordnung auch ferner befugt, selbst Meisterprüfungen vorzunehmen, führt Herr Kauffmann in eingehender Weise aus, dass der genannte Paragraph durch die Handwerker-novelle, insbesondere durch den § 133 der Reichsgewerbeordnung, seine Bedeutung verloren habe. Denn den Zwangs-Innungen sei durch jene Vorschrift das Recht ganz genommen, die freien Innungen könnten auch ferner Prüfungen vornehmen, seien aber nicht berechtigt, den Meistertitel zu verleihen. Herr Niess verbreitet sich sodann über die Errichtung der Meisterprüfungscommissionen. Das Gesetz zwingt nicht dazu, die Meisterprüfungen nur in der Stadt Braunschweig abzuhalten; es müsse seitens des Vorstandes der Handwerkskammer nachdrücklich darauf gedrungen werden, dass in allen Kreisstädten Meisterprüfungscommissionen errichtet würden. Der Vorsitzende betont, dass sich die Frage doch hauptsächlich auf die theoretische Prüfung beziehe, ausserdem sei ja schon in der Prüfungsordnung Fürsorge getroffen, dass die Prüfungscommissionen die Prüfung auch an einem anderen Orte abhalten können, sofern es sich um die Prüfung von drei oder mehr an demselben Orte wohnhaften Prüflinge handle; die praktische Arbeit könne unter besonderen Umständen am Wohnsitz des Prüflings, natürlich unter der Aufsicht eines dazu bestellten Handwerksmeisters, angefertigt werden. Wenn jedoch die Kammer die Errichtung von Commissionen in den Kreisstädten beschliesse, so werde der Vorstand diese Meinung auch gegenüber der Regierung nach besten Kräften vertreten.

Herr Schröder beantragt auch für Seesen eine besondere Prüfungs-Commission zu errichten, da dort mehr Innungen als in Gandersheim beständen.

Demgegenüber wird von verschiedenen Seiten geltend gemacht, dass andere Städte des Herzogtums, vor allem die weiter entfernt gelegenen, die gleiche Forderung stellen könnten und sicherlich auch wohl stellen würden.

Herr Seubert teilt danach mit, dass am 10. d. Mts. in Wolfenbüttel seitens mehrerer Vertreter der dortigen 12 Innungen eine Vorbesprechung über die ordentliche Vollversammlung stattgefunden habe, und dort folgender Beschluss gefasst sei:

„Die heutige Versammlung erklärt sich dagegen, dass die Meisterprüfungscommission allein ihren Sitz in der Stadt Braunschweig haben soll; es soll vielmehr in jeder Kreisstadt eine Prüfungscommission bestehen.

Jedoch kann für die in den einzelnen Städten bzw. Orten des Herzogtums vereinzelt dastehenden Handwerke in einer näher zu bestimmenden Kreisstadt oder aber in der Stadt Braunschweig eine Prüfungscommission errichtet werden.“

Er beantragt diesen Wolfenbüttler Beschluss zum Beschluss der Vollversammlung zu erheben.

Herr Kauffmann erwidert darauf: Ein gleicher Beschluss sei bereits in der Vorstandssitzung vom 3. Juni d. Js. gefasst, derselbe sei auch Herzoglichem Staatsministerium unterbreitet, jedoch nicht angenommen worden. Er bezweifle deshalb,

dass die Regierung sich mit den Antrag Wolfenbüttel einverstanden erkläre. Er verliest dann den bezüglichen Passus des Protocolls vom 3. Juni d. Js., der folgenden Wortlaut hat:

„Man sprach sich allgemein dahin aus, dass vorläufig in jeder Kreisstadt des Herzogtums eine für alle Handwerkszweige gemeinsame Prüfungscommission mit einem gemeinschaftlichen Vorsitzenden errichtet, und je nach dem Fache, dem der Prüfling angehört, wechselnde Beisitzer zur Prüfung herangezogen würden, dass dagegen für nur vereinzelt bestehende Handwerkszweige, wie Korbmacher, Handschuhmacher, Kupferschmiede, Graveure, Lithographen, Buchbinder, Gold- und Silberarbeiter, Hutmacher, Posamentiere, Buchdrucker, Uhrmacher, Drechsler, Cigarrenmacher, Schornsteinfeger, Färber, Steinsetzer, Bierbrauer, Bildhauer, Mühlenbauer, Brunnenmacher, Lohgerber, Siebmacher, Seiler, Müller, Gelbgiesser, Zahntechniker, Instrumentenmacher, Bürstenmacher, Feilenhauer, Korkschnneider, Mechaniker, Seifensieder, Messerschmiede, Metaldreher, Büchsenmacher, Zinngiesser, Orgelbauer, Kiepenmacher, Töpfer und andere mehr, die Errichtung einer gemeinsamen Prüfungscommission in der Stadt Braunschweig genügen würde“.

Herr Ritzau rät von einer Beschlussfassung ab, und hält es für besser, solche auf den zweiten Verhandlungstag zu verschieben, da dann der Herr Regierungs-Commissar zugegen sei. Der Vorsitzende spricht sich für sofortige Beschlussfassung aus, und befürwortet den Antrag Wolfenbüttel, beantragt jedoch in Rücksicht darauf, dass der erwähnte Vorstandsbeschluss noch etwas weitgehender sei als der Antrag Wolfenbüttel, zu letzterem noch hinzuzufügen „unter Bezugnahme auf das Protocoll der Vorstandssitzung vom 3. Juni d. Js.“

Mit diesem Zusatze wird der Antrag Wolfenbüttel einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende stellt im Anschluss hieran die vorgelegten 4 Muster der Meisterprüfungsordnung zur Beratung, worauf die Muster A, B und C einstimmig zur Annahme gelangen.

Zum Muster D ergreift nochmals Herr Niess das Wort; derselbe erklärt, dass die Baugewerke-Innung bereits vor längerer Zeit der Kammer den Entwurf einer Meisterprüfungsordnung eingereicht habe, und wünscht, dass letzterer Herzoglichem Staatsministerium zur Genehmigung unterbreitet werde; das von der Kammer aufgestellte Muster D könne die Innung nicht annehmen.

Der Vorsitzende erklärt diesem Wunsche, so weit als möglich sei, entsprechen zu wollen.

Der ferner vorliegende Entwurf zu einem neuen Meisterbrief findet die Zustimmung der Versammlung, so dass dem Vorschlage des Vorsitzenden gemäss beschlossen wird, den Meisterbrief in Holzschnitt ausführen zu lassen.

IV. Anstellung des Secretairs.

Die Beratung und Beschlussfassung über diesen Punkt erfolgt in Abwesenheit des Secretairs. Der Vorsitzende empfiehlt der Versammlung auf Grund eines schon vor längerer Zeit gefassten Vorstandsbeschlusses, den Assessor Baumgarten vorläufig auf drei Jahre als Secretair der Kammer anzustellen. Die Anstellung wird einstimmig genehmigt. Assessor Baumgarten, der danach zur Versammlung zurückkehrt, dankt und gelobt, dass er sich des ihm bewiesenen Vertrauens würdig zeigen werde.

V. Beitritt zum Handwerks- und Gewerbekammertage.

Referent: Der Secretair.

Derselbe führt aus: Der Handwerks- und Gewerbekammertag sei eine Vereinigung der Deutschen Handwerks- und Gewerbekammern. Die Aufgabe desselben bestehe darin, die gemeinsamen Interessen des deutschen Handwerkerstandes zu wahren, insbesondere eine möglichst einheitliche Durchführung der auf das Handwerk bezüglichen Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung anzubahnen, die Wünsche und Bedürfnisse der deutschen

Handwerker in gemeinsamen Sitzungen zu beraten, und dieselben dann durch geeignete Eingaben zur Kenntnis der Behörden des Reichs und der Bundesstaaten zu bringen. Nach aussen werde der Kammertag durch den Vorort, dessen Wahl stets auf 2 Jahre erfolge, vertreten. Der Vorort habe die laufenden Geschäfte des Kammertages zu erledigen, die Vorarbeiten desselben zu beschaffen, die Verhandlungen desselben zu leiten und die Beschlüsse desselben zur Ausführung zu bringen; der Vorort mit sieben, ebenfalls auf 2 Jahre zu wählenden Kammern bilde den sog. Ausschuss; diesem läge es ob, den Kammertag einzuberufen, die Tagesordnung desselben festzusetzen, die Referenten zu ernennen, nötigenfalls auch den Versammlungsort zu bestimmen. Die Unkosten für die Geschäftsführung des Vororts würden durch Umlagen aufgebracht, welche auf diejenigen Kammern, die Mitglieder des Kammertages wären, gleichmässig verteilt würden. Zur Zeit bilde die Handwerkskammer Hannover den Vorort. Der Ausschuss bestände aus dem Vorort, sowie den Handwerkskammern Berlin, Breslau, Darmstadt, Dortmund, Dresden, Lübeck und München. Von den 71 im Deutschen Reiche existierenden Handwerkskammern seien bisher 60 oder 61 Kammern Mitglieder des Kammertages geworden.

Der Vorstand der Handwerkskammer für das Herzogtum Braunschweig habe bereits in der Erwägung, dass durch ein gemeinsames Vorgehen der verschiedenen Kammern eine grosse Anzahl der den Handwerkskammern obliegenden Aufgaben besser gelöst werden könne, die Kammern unter sich auch mehr Fühlung mit einander gewinnen, den Beitritt zum Kammertage, natürlich vorbehaltlich der Genehmigung der Vollversammlung, beschlossen, auch den Beitrag für das laufende Jahr in Höhe von 12 Mark an den Vorort schon abgeführt.

Referent bittet diesen Beschluss nachträglich genehmigen zu wollen; der Vorsitzende befürwortet ebenfalls den Beitritt zum Kammertage, worauf derselbe einstimmig beschlossen wird.

Der Vorsitzende giebt dann bekannt, dass auf Wunsch der Herren Wolf und Kettler noch zwei Punkte eingeschoben seien, die nunmehr verhandelt werden sollten, nämlich:

Va. Hausierhandel.

Vb. Antrag der Bäcker-Innung Braunschweig, die Gewerbesteuer betreffend.

Va. Hausierhandel.

Referent: Herr Wolf.

Referent führt etwa Folgendes aus: Eine nicht zu unterschätzende Gefahr für einen grossen Teil der gewerbetreibenden Bevölkerung, insbesondere für den Handwerkerstand, bilde der Hausierhandel, oder wie der Gesetzgeber sich ausdrücke, der Gewerbebetrieb im Umherziehen. Schon seit vielen Jahren sei es der Wunsch der ortsansässigen Handwerker gewesen, dass der Hausierhandel eingeschränkt und vermindert würde, und dieser Wunsch habe bereits mehrfach den Anlass zu Petitionen und Eingaben an die Reichs- und Staatsbehörden gegeben. Die Folge davon sei gewesen, dass die Reichsgewerbeordnung im Laufe der Jahre verschiedentlich Abänderungen erfahren habe.

Als im Jahre 1896 der Reichstag die Beschränkung des Hausierhandels als durchaus berechtigt anerkannt habe, und demgemäss in der Novelle vom 6. August 1896 bestimmt worden sei, dass das Feilbieten von Waaren im Umherziehen, also der Hausierhandel, von einer vorher einzuholenden Erlaubnis abhängig gemacht werden könne, habe man geglaubt, dass von dieser Gesetzesbestimmung überall Gebrauch gemacht werden würde, und sich viel davon versprochen. Die Erwartungen seien jedoch sehr getäuscht, denn soviel dem Referenten bekannt, habe nur die Stadt München von dem Rechte der Untersagung bzw. Einschränkung des Hausierhandels Gebrauch gemacht; kürzlich habe allerdings auch die Königliche Regierung von Bayern in Vollziehung einer Ministerialentschliessung vom 5. Januar d. J. an den Magistrat und die Königliche Polizeidirection den Auftrag ergehen lassen, fortgesetzt dafür Sorge tragen zu wollen, dass den Auswüchsen des Hausierhandels von Seiten einheimischer, insbesondere aber ausländischer Gewerbetreibender, soweit die gesetzlichen Bestimmungen eine Handhabe dazu böten, mit allem Nachdruck entgegengetreten würde. Um darzulegen,

wie nötig es sei, dass auch an anderen Orten die Behörden sich zu einer Einschränkung des Hausierhandels entschlossen, giebt Referent eine ausführliche Schilderung des Hausierhandels mit Korbwaaren auf vollgeladenen Wagen, und erläutert eingehend, wie schwer die selbständigen Korbmacher durch den Hausierhandel geschädigt würden. Um denselben zu beschränken, müssten Hausierer, die mit Wagen umherzögen und in einer Stadt sich länger als einen Tag aufhielten, zur Wanderlagersteuer herangezogen werden, da der Inhalt eines grossen mit Korbwaren gepackten Wagens gewissermassen ein Wanderlager darstellte. Er halte es indess für dringend wünschenswert, dass vor allem der § 55 der Reichsgewerbeordnung erweitert und noch eine Bestimmung bezüglich des Hausierhandels in den Städten darin aufgenommen werde. Zum Schluss seiner Ausführungen empfiehlt Referent der Versammlung folgenden Antrag zur Annahme:

„In Anbetracht der grossen Schädigungen, welche dem sesshaften Handwerkerstande durch den Gewerbebetrieb im Umherziehen, namentlich durch den Hausierhandel mit vollbepackten Wagen zugefügt werden, wird das Herzogliche Staatsministerium gebeten, eine Abänderung des § 55 der Gewerbeordnung dahin zu befürworten, dass der Gewerbebetrieb im Umherziehen in den Städten und Flecken für gewisse Waren durch die höhere Verwaltungsbehörde beschränkt und untersagt werden kann.“

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird beschlossen, den Antrag Herzoglichem Staatsministerium zur Kenntnisnahme zu übermitteln.

Vb. Antrag der Bäcker-Innung zu Braunschweig, die Gewerbesteuer betr.

Referent: Herr Kettler.

Derselbe führt aus, es werde im Bäckergewerbe schwer empfunden, dass die sog. Brotträgerinnen, die grösstenteils täglich nur 1—2 Stunden beschäftigt würden und hierfür etwa 6—8 Mark monatlich verdienten, im übrigen aber als Waschfrauen, Ausgeherinnen u. s. w. thätig wären, nach den Bestimmungen des Braunschw. Gewerbesteuergesetzes als volle Gehülfen angesehen würden, und manche Bäcker infolgedessen ziemlich hoch zur Gewerbesteuer veranlagt wären. Z. B. erhöhe sich der Gewerbesteuerbetrag eines Bäckers, der 6 wirkliche Gehülfen beschäftige, von 75 Mark auf 150 Mark, wenn nur drei Brotträgerinnen hinzukämen, bei 7—8 wirklichen Gehülfen von 96 Mark auf 150 Mark, wenn nur zwei Brotträgerinnen hinzukämen, sodass im ungünstigsten Falle für 1—2 Brotträgerinnen 54 Mark Gewerbesteuer bezahlt werden könnte. Besonders ungünstig sei das Verhältnis, wenn jemand 7—8 Brotträgerinnen beschäftigen müsse, was hauptsächlich bei solchen Bäckern der Fall sei, die vor dem Thore wohnten. Trotzdem die Bäcker durch die Krankenversicherung der Brotträgerinnen und die damit verbundene Verpflichtung, die Kosten des Wochenbettes zu tragen, schon stark genug belastet seien, würden sie sich gern bereit erklären, auch Invalidengeld zu zahlen, wenn nur die Brotträgerinnen nicht zu den Gewerbegehülfen gerechnet würden.

Referent stellt dann folgenden Antrag:

„Die Handwerkskammer wolle bei dem Herzoglichen Staatsministerium und bei dem Stadtmagistrat zu Braunschweig dahin vorstellig werden, dass die im Bäckergewerbe beschäftigten Brotträgerinnen nicht als Gewerbegehülfen angesehen würden.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

VI. Neuwahlen.

Referent: Der Vorsitzende.

a) des Ausschusses für das Lehrlingswesen.

Referent teilt hierzu mit, dass gemäss § 30 der Statuten Neuwahlen für die in der ersten ordentlichen Vollversammlung zu Mitgliedern des Ausschusses für das Lehrlingswesen wie auch des Rechnungsausschusses gewählten Herren stattfinden müssten, Wiederwahl indess statthaft sei.

Aus der Mitte der Versammlung wird der Antrag gestellt, die bisherigen Mitglieder wieder zu wählen, was auch einstimmig geschieht.

b) des Rechnungsausschusses.

Nachdem der Vorsitzende die Namen der bisherigen Mitglieder dieses Ausschusses nochmals bekannt gegeben, wird dem aus der Mitte der Versammlung gestellten Antrage auf Wiederwahl einstimmig stattgegeben.

VII. Stipendienfonds betr.

Referent: Herr Behrens.

Derselbe erläutert an der Hand der seitens der Kammer aufgestellten Grundsätze, die er Paragraph für Paragraph verliest, den Zweck des von der Kammer geplanten Instituts und teilt dabei der Versammlung mit, dass Herzogliches Staatsministerium und der hiesige Stadtmagistrat namhafte Beiträge für den Fall in Aussicht gestellt hätten, dass ein angemessener Grundstock von den Handwerkern zusammengebracht würde. Bisher seien bereits ca. 2200 Mark für den Fonds angesammelt.

Der Vorsitzende bemerkt hierzu, der Vorstand erachte es für durchaus notwendig, dass die Kammer einen angemessenen Beitrag zum Stipendienfonds gäbe. Er beantragt, die Versammlung möge vorbehaltlich der Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums beschliessen, dass dem Stipendienfonds seitens der Kammer ein einmaliger Beitrag von 1000 Mark und ein jährlicher Beitrag von 300 Mark überwiesen werde.

Herr Neddermeyer widerspricht dem Antrage und meint, es wäre doch viel richtiger gewesen, wenn man statt einen Stipendienfonds zu gründen, der nur den kommenden Generationen zu Gute käme, einen Fonds zum Bau eines Männerhauses gesammelt hätte, um alten alleinstehenden Handwerksmeistern ein behagliches Heim zu verschaffen. Herr Hahn befürwortet den Antrag des Vorsitzenden und bittet über denselben abstimmen zu lassen, was auch geschieht.

Der Antrag wird angenommen und die Sitzung gegen 3 Uhr durch ein gemeinsames Mittagessen für etwa eine Stunde unterbrochen. Nach der Mittagspause werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird zunächst zum Punkt 10 der Tagesordnung übergegangen.

VIII. „Handwerksbote“ betr.

(10. Punkt der Tagesordnung.)

Referent: Herr Maring.

Der Referent trägt etwa Folgendes vor. Es sei klar, dass der „Handwerksbote“ in der Form, wie er zur Zeit erscheine, nicht weiter zur Ausgabe gelangen dürfe. Der Hauptgrund für den allmählichen Rückgang der Monatsschrift bilde das geringe Interesse, das dem Blatte entgegengebracht werde; denn wenn man bedenke, dass unter den ca. 15 000 im Herzogtum existierenden Handwerkern etwas mehr als 3000 Abonnenten seien, so sei dies wirklich eine recht dürftige Zahl, und es könne sich sicherlich niemand darüber wundern, wenn der Verleger unter solchen Umständen, zumal der Abonnementspreis nur 1 Mark pro Jahr betrüge, den Vertrag gekündigt habe. Der Vorstand habe sich schon längere Zeit überlegt, in welcher Weise hier Abhilfe geschafft werden könne und sich mit dem Gedanken getragen, den „Handwerksboten“ alle 14 Tage erscheinen zu lassen, und dann sämtlichen Handwerksmeistern des Herzogtums unentgeltlich zuzustellen, habe auch zu dem Zwecke mehrere Offerten angefordert, doch seien die Kosten zu gross, um den Plan verwirklichen zu können. Referent stellt dann die Anfrage, ob es sich überhaupt empfehle, den „Handwerksboten“ in Zukunft beizubehalten.

Herr Kronemann meint, der „Handwerksbote“ dürfe auf keinen Fall aufgegeben werden, doch müsse eine Verbesserung desselben unbedingt angestrebt werden. Herr Rose entgegnet, die Kammer möge, damit der Verleger nicht geschädigt werde, einen angemessenen Zuschuss geben.

Herr Maring teilt darauf mit, dass sich Herr Buchdruckereibesitzer Fischer in Wolfenbüttel erboten habe, den Verlag des „Handwerksboten“ unter den bisherigen

Bedingungen ohne Zuschuss seitens der Kammer zu übernehmen. Derselbe wolle den „Handwerksboten“ in der Form einer Zeitung alle 14 Tage erscheinen lassen.

Herr Dressel hält dies für unausführbar und meint, man solle nicht so sehr auf den Preis sehen.

Schliesslich wird beschlossen, Druck, Verlag und Expedition des „Handwerksboten“ vom 1. Januar 1902 ab Herrn Fischer-Wolfenbüttel zu übertragen.

Im Anschluss hieran findet noch eine Vorbesprechung des 11. Punktes der Tagesordnung, die Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens betreffend, statt.

Herr Berger macht den Vorschlag, die Vorschriften mit § 3 beginnen zu lassen, und dementsprechend die ursprünglichen §§ 1 und 2 in § 3 bzw. § 1 abzuändern. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Zum § 9 der Vorschriften „Bestimmungen über die Höchstzahl von Lehrlingen“ verliest Herr Rose einen Beschluss der Schlosser-, Schmiede- und vereinigten Feuerhandwerker-Innung zu Gandersheim, laut dessen gegen die jetzige Fassung Protest erhoben und beantragt wird, die Kammer möge beschliessen, dass Handwerkern, die ohne Gesellen arbeiten, gleichzeitig drei Lehrlinge und auf je einen bis zwei Gesellen einen weiteren Lehrling halten dürfen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass auch seitens der Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Innung, sowie seitens der Schmiede- und Schlosser-Innung zu Holzminden laut eingegangener Schreiben energisch gegen die Fassung des § 9 protestiert sei, hält jedoch den Antrag Gandersheim für zu weit gehend.

Herr Kettler und Herr Freise bitten den § 9 in der vorliegenden Form anzunehmen.

Her Neddermeyer meint, man möge doch, um den Handwerksmeistern, die auf dem Lande wohnen, etwas entgegen zu kommen, für diese einen Zusatz zu § 9 machen, der seinem Inhalte nach etwa dem Antrage Gandersheim entspreche.

Nach längerer Debatte einigt man sich dahin, dass die Anzahl der von einem ohne Gesellen arbeitenden Meister zu haltenden Lehrlinge auf drei erhöht wird.

Zum § 13 des Lehrvertrages bittet Herr Berger das Schlusswort „mitverhaftet“ in „mit haftbar“ abändern zu wollen. Die Versammlung ist auch hiermit einverstanden.

Ebenfalls findet der Vorschlag des Vorsitzenden, am Schlusse des Lehrvertrages eine Anmerkung hinzuzusetzen, dahin lautend, dass der Vormund zum Abschluss des Vertrages der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts bedürfe, allgemeine Zustimmung.

Um 5³/₄ Uhr nachmittags wird die Sitzung auf Mittwoch, den 13. November d. J., morgens 10 Uhr, vertagt.

Zweiter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 13. November 1901.

Um 10¹/₄ Uhr morgens eröffnet der Vorsitzende die Sitzung und begrüsst vor Eintritt in die Tagesordnung den erschienenen Regierungs-Commissar der Kammer, Herrn Regierungsrat Dr. Stegmann. Letzterer spricht hierauf sein Bedauern darüber aus, dass er den Verhandlungen des ersten Sitzungstages nicht habe beiwohnen können und erklärt dann bezüglich des hinsichtlich der Errichtung von Meisterprüfungskommissionen gefassten Beschlusses Folgendes:

Wenn die Kammer der Ansicht sei, dass nicht allein in der Stadt Braunschweig, wie es Herzogliches Staatsministerium vorgeschlagen habe, sondern in sämtlichen Kreisstädten des Herzogtums Meisterprüfungskommissionen errichtet werden müssten, so müsse er gestehen, dass beide sich in dieser Beziehung gegenüberstehenden Vorschläge und zwar jeder für sich besondere Vorteile und Nachteile habe. Denn einerseits gewähre es eine gewisse Erleichterung, wenn die Bedingungen für die Meisterprüfungen für das ganze Land einheitlich nicht nur entworfen, sondern auch durchgeführt würden. Der neue Vorschlag dagegen, der die Zustimmung der Versammlung gefunden habe,

enthalte besonders die Vorzüge, dass in den einzelnen Kreisen Sammelpunkte für die gemeinsame Thätigkeit geschaffen würden.

Nachdem dann die Präsenzliste vom Secretair nochmals verlesen und festgestellt worden, dass Herr Kiehne aus Wolfenbüttel, und für Herrn Krüger aus Seesen dessen 1. Ersatzmann Herr Ahrens aus Gandersheim erschienen sind, wird in die Tagesordnung eingetreten.

IX. Kranken- bzw. Sterbekasse für die Handwerksmeister im Herzogtum

Braunschweig.

(8. Punkt der Tagesordnung.)

Referent: Der Secretair.

Referent giebt bekannt, dass in einer am Abend des ersten Verhandlungstages stattgehabten Versammlung von Handwerksmeistern die Statuten der Kranken- bzw. Sterbekasse beschlossen seien, auch die Wahl der Vorstandsmitglieder bereits betätigt sei. Etwa 20—30 Herren hätten zu jeder der beiden Kassen ihren Beitritt erklärt, es bedürfe also nur noch der Genehmigung der Statuten seitens der Aufsichtsbehörde dieser Kassen, damit dieselben organisiert werden könnten.

Der Vorsitzende stellt im Anschluss daran den Antrag, die Kammer möge beschliessen, dass die Angelegenheit dem Vorstande zur weiteren Beratung bzw. Erledigung überwiesen werde. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

X. Meisterkurse.

(9. Punkt der Tagesordnung.)

Referent: Der Vorsitzende.

Derselbe führt etwa Folgendes aus: Die Meisterkurse sollten voraussichtlich schon Mitte Februar beginnen und zwar zunächst für die Schneider und Schuhmacher, ihre Dauer sei auf eine Woche bemessen. In vielen anderen Städten seien schon recht gute Erfahrungen mit derartigen Kursen gemacht. Dieselben sollten in erster Linie praktische sein, jedoch auch die Unterweisung im Theoretischen, sowie Buchführung, Rechnungswesen, Gesetzeskunde u. s. w. umfassen. Die theoretischen Kurse sollten, wenn möglich, nicht nur in der Stadt Braunschweig, sondern auch in anderen Städten des Herzogtums abgehalten, also sog. Wandervorträge eingerichtet werden. Die Kosten würden für die Teilnehmer sehr gering sein, ganz besonders Befähigte sollten sogar unentgeltlich an den Kursen teilnehmen können. Zu einem praktischen Kursus würden jedoch nur bis zu 15 Handwerksmeister, event. ältere Gesellen zugelassen werden, auch sei eine Wiederholung der Kurse in Aussicht genommen. Die Versammlung ist mit der Einrichtung von Meisterkursen einverstanden. —

Da an der Beratung des folgenden Punktes der Tagesordnung der Gesellenausschuss mitzuwirken hat, aber noch nicht erschienen ist, wird zunächst zum 12. Punkt der Tagesordnung übergegangen.

XI. Verschiedenes.

(12. Punkt der Tagesordnung.)

Hierzu macht der Vorsitzende die Mitteilung, dass der Bau des neuen Gildehauses bald fertig gestellt sei und voraussichtlich schon zum 1. April 1902 bezogen werden könne. Das demnächstige Heim der Kammer werde so ausgestattet werden, dass man seine Freude daran haben könne, es seien hinreichend grosse Zimmer bzw. Säle für Sitzungen und Versammlungen der Kammer vorgesehen, auch die Innungen könnten künftig ihre Quartale und sonstige Versammlungen dort abhalten. Die Räumlichkeiten würden jedenfalls electriche Beleuchtung und Central-Heizung erhalten. Selbst für etwaige Ausstellungen sei Platz genug vorhanden.

Die Versammlung spricht sich auf eine diesbezügliche Anfrage des Vorsitzenden dafür aus, dass die Eröffnung des neuen Heims mit einer grösseren Feierlichkeit verbunden werden und dieselbe, wenn möglich, gelegentlich der nächsten ordentlichen Vollversammlung stattfinden solle.

Ferner giebt der Vorsitzende bekannt, dass die Kammer beabsichtige, zur Förde-

rung und Ausbildung der Lehrlinge Leitfäden für die hauptsächlichsten Handwerkszweige herauszugeben. Ein solcher Leitfaden sei für Tischlerlehrlinge bereits fertig gestellt, und habe nicht nur im Herzogtum, sondern auch bei anderen Handwerkskammern, denen ein Exemplar zugesandt sei, wie aus den eingelaufenen Gutachten und Urteilen hervorgehe, allgemeinen Beifall gefunden, so dass schon viele Bestellungen auf das Büchlein erfolgt seien. Bearbeitet würden zur Zeit Leitfäden für Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Bäcker, Friseure, Fleischer, Schlosser, Buchbinder, Schmiede, Maler, Sattler, Glaser, Schornsteinfeger.

Der Herr Regierungs-Commissar giebt den Vertretern derjenigen Handwerkszweige, die dieser Frage noch nicht näher getreten, anheim, in gleicher Weise für ihre Lehrlinge zu sorgen, und Leitfäden auszuarbeiten.

Der Vorsitzende bemerkt noch, dass ebenso wie für die Lehrlinge, auch für die Meister Leitfäden ausgearbeitet werden sollen, da solche in vielen Fällen ganz unerlässlich seien. Die Ausgaben für beide Arten von Leitfäden müssten selbstverständlich durch entsprechende Einnahmen wieder ausgeglichen werden. Die Kassenführung der Handwerkskammer würde dadurch in keiner Weise berührt.

Der Herr Regierungs-Commissar empfiehlt, die Leitfäden hinsichtlich der grundlegenden Belehrung über Buchführung, Gesetzeskunde etc. gleichartig zu gestalten, und die speciellen Vorschriften einzelner Handwerkszweige (z. B. der Schornsteinfeger) in besonderen Zusätzen anzubringen. —

Inzwischen sind die Mitglieder des Gesellenausschusses der Handwerkskammer eingetreten und zwar die Herren Schwettje aus Braunschweig, Behme aus Wolfenbüttel, Wendhausen aus Helmstedt, Hoffmann aus Gandersheim, Bost aus Holzminden, Braune aus Blankenburg. Entschuldigt fehlt Herr Schmidt aus Braunschweig und ist für ihn der 1. Ersatzmann Herr Osterloh aus Braunschweig, und für Herrn Hahne aus Blankenburg, der infolge Fortzugs aus dem Herzogtum dem Gesellenausschusse nicht mehr angehört, Herr Gärtner aus Blankenburg erschienen.

XII. Erlass von Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens.

(11. Punkt der Tagesordnung.)

Referent: Der Vorsitzende.

Referent bringt die Vorschriften nebst dem Muster zu einem Lehrvertrage, sowie die zugehörigen Formulare zur Verlesung, die dann eingehend beraten werden.

Zu §§ 1, 2, 3:

Auf Vorschlag des Herrn Berger wird beschlossen, die Reihenfolge der Paragraphen zu ändern, und zwar die Vorschriften mit § 2 beginnen, dann § 3 und hiernach § 1 folgen und demgemäss auch überall da, wo auf die genannten Paragraphen Bezug genommen wird, eine entsprechende Abänderung eintreten zu lassen.

Im Anschluss an die Beratung des § 7 wird gleich das Muster zu einem Lehrvertrage besprochen.

Zum § 1 desselben wird aus der Mitte der Versammlung bemerkt, der Beginn und das Ende der Lehrzeit fielen nicht immer auf einen bestimmten Tag, sondern richteten sich meistens nach den Quartalen, es sei deshalb zweckmässig, vor den Ziffern „19“ einzuschalten: „(. - Quartal)“. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Zu § 2 a:

Es wird beschlossen, dem zweiten Absatz folgenden Wortlaut zu geben:

„Wird der Lehrvertrag durch Verschulden des Lehrherrn aufgelöst, so ist die zuletzt gezahlte Rate des Lehrgeldes zurückzuzahlen.“

Zu § 8:

Herr Schwettje beantragt, den zweiten Absatz zu streichen, event. statt der in der zweiten Zeile desselben stehenden Worte „durch nachweislich grobes Verschulden“ zu setzen: „vorsätzlich.“

Der Antrag wird mit allen gegen die Stimmen des Gesellenausschusses abgelehnt.

Zu § 13:

Auf Antrag des Herrn Berger wird beschlossen, das Wort „mitverhaftet“ abzuändern in „mit haftbar“.

Der Antrag des Herrn Schwettje, die Entschädigung für unbefugtes Verlassen der Lehre betr., zu streichen, wird mit allen gegen die Stimmen des Gesellenausschusses abgelehnt.

Zu § 15:

Der Bitte des Herrn Berger, den letzten Satz redactionell abzuändern und dafür Folgendes zu setzen: „Das gefertigte Stück bleibt Eigentum des Lehrherrn“ wird einstimmig stattgegeben.

Der Vorsitzende bemerkt noch, dass am Schluss des Lehrvertrages hinzugefügt werden solle: „Der Vormund bedarf zum Abschluss des Vertrages der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts.“

Der Lehrvertrag wird darauf im Ganzen einstimmig angenommen, und im Anschluss hieran mit der Beratung der Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens fortgefahren.

Zu § 9:

Der Vorsitzende giebt zunächst, wie schon am ersten Sitzungstage, bekannt, dass seitens der Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Innung und seitens der Schmiede- und Schlosser-Innung zu Holzminden, sowie seitens der Schlosser-, Schmiede- und vereinigten Feuerhandwerker-Innung zu Gandersheim schriftlich Protest gegen die jetzige Fassung des Paragraphen erhoben sei.

Herr Schwettje hält die Fassung des § 9 für durchaus richtig, beantragt aber noch folgenden Zusatz: „Bestehen in einem Berufe Vereinbarungen zwischen Meister und Gesellen, welche die Zahl der Lehrlinge niedriger festsetzen, so sind diese Vereinbarungen für das betreffende Gewerbe bindend“, und begründet denselben eingehend. Der Vorsitzende ist der Ansicht, dass dieser Zusatz Bestimmungen enthalte, über die die Kammer nicht ohne Weiteres beschliessen könne.

Herr Braune erklärt, der Zusatz käme insbesondere für das Buchdrucker-gewerbe in Betracht, da bei diesem Tarifbestimmungen über die Anzahl der zu haltenden Lehrlinge beständen, und befürwortet den Antrag des Herrn Schwettje.

Der Herr Regierungs-Commissar giebt dem Gesellenausschuss anheim, für den Fall, dass der Zusatz für erforderlich erachtet werde, der Handwerkskammer einen speciellen Antrag einzureichen, da sich die Kammer erst dann, wenn solches geschehen, mit der Angelegenheit näher befassen könne.

Herr Kettler hält den Zusatz für unnötig und bittet den § 9 in der jetzigen Fassung anzunehmen. Nach einer kurzen Debatte wird dann der § 9 mit 33 Stimmen angenommen wie folgt:

„Handwerker, die ohne Gesellen arbeiten, dürfen nicht mehr als 2 Lehrlinge gleichzeitig halten, Handwerker, die mit Gesellen arbeiten, dürfen auf je 2 Gesellen einen weiteren Lehrling halten.

Zu § 11:

Herr Braune beantragt Streichung des ersten Absatzes, da die Bestimmungen desselben eine zu grosse Beschränkung der Lehrlinge enthielten. Der Vorsitzende bittet um Ablehnung des Antrages. Dies geschieht und zwar mit allen gegen die Stimmen des Gesellenausschusses.

Zum Formular A (Anmeldung von Lehrlingen zur Rolle der Handwerkskammer) wird auf Vorschlag des Herrn Braune beschlossen, zwischen den Rubriken 9 und 10 eine neue Rubrik mit der Ueberschrift „Betrag des Lehrgeldes“ einzufügen.

Danach werden die Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens im Ganzen gegen die Stimmen des Gesellenausschusses, der sich der Abstimmung enthält, angenommen.

Hierauf macht Herr Schwettje noch die Mitteilung, dass bei der Neuwahl des Ausschusses für das Lehrlingswesen die früheren Mitglieder wieder gewählt seien.

Zum Schluss überreicht Herr Schröder ein Schreiben der Tischler-Innung zu

Gandersheim, in dem die Bitte ausgesprochen wird, die Handwerkskammer möge gegen das Submissionswesen geeignete Massnahmen zu ergreifen suchen.

Ferner wird von Herrn N e d d e r m e y e r mitgeteilt, dass die Schuhmacher-Innung zu Calvörde den Wunsch geäussert habe, die Handwerkskammer wolle im Interesse der Schuhmacher dahin wirken, dass das im Handel erscheinende Leder gestempelt werde, um ordentliches gutes Leder von minderwertigem Schnellleder zu unterscheiden.

Der Vorsitzende erklärt darauf, dass beide Gegenstände von der Handwerkskammer geprüft und bearbeitet werden würden, sobald ausführliches Material dafür eingereicht wäre.

Um 1½ Uhr Mittags schliesst der Vorsitzende mit Worten des Dankes an die Versammlung die Sitzung.

Der Vorsitzende:

C. Osterloh.

Der Secretair:

R. Baumgarten.